

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 15. Juni 2026; Bericht

Am 15. Juni 2026 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine, die Lage im Nahen Osten sowie EU-China. Eingangs fand ein informeller Austausch mit dem Außenminister Armeniens, Ararat Mirzoyan, statt.

Unter Laufende Angelegenheiten fand auf meine Initiative hin eine kurze Behandlung der aktuellen Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina statt.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP), Kaja Kallas, hob von den zur Annahme stehenden Prozeduralpunkten zunächst die Ratsschlussfolgerungen zu Global Gateway hervor, womit erstmals die politische Steuerung dieses Instruments durch den Rat festgeschrieben werde. Sie verwies ebenfalls auf die verstärkten Maßnahmen gegen die russische Schattenflotte. Des Weiteren habe der Rat nun die russlandspezifischen Sanktionsregime durch neue Listungen verstärkt: unter anderem 54 Listungen von Akteuren im russischen militärindustriellen Komplex und in der Schattenflotte, 11 Listungen im Zusammenhang mit Russlands destabilisierenden Aktivitäten und 16 Listungen von Verantwortlichen für den Giftanschlag auf und die Tötung von Alexej Nawalny.

Im Rahmen der Diskussion zu Russlands Aggression gegen die Ukraine verwies der zu Beginn per Videokonferenz zugeschaltete ukrainische Außenminister Andrij Sybiha auf die jüngsten russischen Angriffe, unter anderem auf das Kyjiwer Höhlenkloster. Er schlug vor, dass jeder neue russische Angriff Sanktionen nach sich ziehen solle. Die militärische Lage wende sich. Es brauche keine Illusionen über ein rasches Kriegsende, aber es biete sich ein

mögliches Zeitfenster, das nicht verpasst werden solle. Die Friedensbemühungen hätten eine neue Dynamik erlangt, Europa müsse aktiver werden. Die Fortschritte bei der EU-Erweiterung seien historisch. Es gehe dabei jedoch nicht um einen Wettstreit der Beitrittskandidaten; eine Vollmitgliedschaft sei alternativlos. HV/VP Kallas stellte fest, dass die rezenten Angriffe auf die Ukraine auf die russische Schwäche hindeuten würden. Die EU müsse ihre Unterstützung für diplomatische Bemühungen um einen Waffenstillstand betonen. Für einen langfristigen Frieden brauche es direkte Ukraine-Russland-Gespräche. Sie verwies auf die Diskussionen zur Europäischen Friedensfazilität (EFF) sowie auf die Notwendigkeit, Druck auf Russland auszuüben und dessen internationale Isolierung weiter voranzutreiben. Die EU-Kommissarin für Erweiterung, Marta Kos, sprach über Fortschritte im Erweiterungsprozess, die Unterstützung der Ukraine und das vorgelegte 21. Sanktionspaket.

Ich verurteilte den russischen Angriff auf das Kyjiwer Höhlenkloster, begrüßte die Vorlage des 21. Sanktionspakets und betonte erneut das ungelöste Thema der ungerechtfertigten doppelten Bereicherung sanktionierter Personen. Ich begrüßte zudem die Idee einer verstärkt strategischen Herangehensweise an Sanktionen. Der Druck auf Russland müsse fortgesetzt werden; gleichzeitig müsse sich die EU jedoch auf Verhandlungen vorbereiten. Es solle aber sichergestellt werden, dass der Ansatz genuin europäisch sei. Die Öffnung des ersten Verhandlungsclusters im Erweiterungsprozess mit der Ukraine sei historisch. Die Mitgliedstaaten (MS) bekannten sich in der anschließenden Diskussion zur aktuellen Strategie der EU und verurteilten die rezenten russischen Angriffe. Sechs MS zeigten sich zurückhaltend zu Ideen einer unmittelbaren EU-Rolle in Verhandlungen. Mehrere MS befürworteten eine aktive Rolle der EU und interne Vorbereitungen. Die MS äußerten sich außerdem insbesondere zur Erweiterung, zur EFF und zu Sanktionen.

Im Rahmen der Diskussion zur Situation im Nahen Osten begrüßte HV/VP Kallas die am 14. Juni verkündete Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran, die eine Öffnung der Straße von Hormus und einen gleichzeitigen Verhandlungsbeginn zur Nuklearfrage vorsehe. In der zweiten Phase solle sich die EU – anhand der technischen Expertise in Nuklearfragen und der EU-Sanktionen – in die diplomatischen Bemühungen einbringen. Bei Israel/Palästina gebe es hingegen keine Fortschritte. Der Juristische Dienst des Rates (JDR) habe die Rechtsgrundlagen zu Handelsmaßnahmen in Bezug auf Siedlungsprodukte im Ausschuss der Ständigen Vertreter II am 10. Juni umrissen. Generaldirektorin des JDR/Rechtsberaterin des Europäischen Rates Emer Finnegan wiederholte die Einschätzung betreffend die Rechtsgrundlagen für mögliche Maßnahmen und erklärte, dass eine abschließende Rechtsmeinung nur zu konkreten Rechtsakten gegeben werden könne. Grundsätzlich können aber Maßnahmen, die (auch) Gemeinsame

Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)-Ziele haben, auf eine Handelsrechtsgrundlage gestützt werden. Die Frage, ob ein Rechtsakt auf Handels- oder GASP-Rechtsgrundlage beruhe, hänge primär vom Ziel und Inhalt der Maßnahme ab. EU-Kommissarin für den Mittelmeerraum Dubravka Šuica informierte, dass die Europäische Kommission aufgrund der zahlreichen Aufrufe von MS vor dem nächsten RAB am 13. Juli mehrere Optionen für Handelsmaßnahmen in Bezug auf Siedlungsprodukte vorschlagen werde. EU-Kommissarin für Krisenvorsorge und -Management Hadja Lahbib informierte zur katastrophalen humanitären Situation in Gaza.

Ich begrüßte die angekündigte Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran. Nun sei die Implementierung zentral, insbesondere in der zweiten Phase mit Blick auf das Nukleardossier. Die EU müsse auf die Einbindung der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) pochen. Zu Israel/Palästina teile Österreich die Sorgen über Israels Regierungsentscheidungen und unterstütze daher Sanktionen gegen radikale Siedlerinnen und Siedler wie auch gegen die Hamas. Der jüngste Umgang des israelischen Sicherheitsministers Itamar Ben-Gvir unter anderem mit österreichischen Staatsbürgerinnen und -bürgern sei völlig inakzeptabel. Positiv sei anzumerken, dass der israelische Außenminister Gideon Sa'ar dies öffentlich verurteilt habe. Ben-Gvir habe zudem eine Schlüsselrolle bezüglich des neuen Todesstrafe-Gesetz gespielt. Daher unterstütze Österreich neue Sanktionen gegen Sicherheitsminister Ben-Gvir. Unklar sei, welche Vorschläge betreffend Maßnahmen zu Siedlungsprodukten zur Debatte stünden. Die EU-Kommission möge konkrete Vorschläge vorlegen, da ohne diese keine ernsthaften Diskussionen geführt werden könnten. Die EU müsse auf ein Ende der Gewalt und eine Rückkehr zur Implementierung der Phase II des 20-Punkte-Friedensplans hinwirken. Es bestehe die Hoffnung, dass die Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran ein neues Fenster auch zur Implementierung des Gaza-Friedensplans eröffne. Die MS begrüßten in der anschließenden Diskussion die Vereinbarung zwischen dem Iran und den Vereinigten Staaten zur Öffnung der Straße von Hormus beziehungsweise zur Beendigung des Krieges – inklusive im Libanon – sowie den angekündigten Beginn von Nuklearverhandlungen. Zur Listung des israelischen Sicherheitsministers Ben-Gvir gab es aufgrund der Ablehnung beziehungsweise starken Skepsis von drei MS keine Einigung.

Der Austausch zu EU-China fand im eingeschränkten Rahmen statt.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

2. September 2026

Mag.^a Beate Meinel-Reisinger, MES
Bundesministerin